

tschechische Sprache nicht beherrsche?“ Damit hing es nicht zusammen. Niemand hat gerufen: „Es lebe Ulbricht!“

Auf der anderen Seite hat er immer darauf bestanden, daß in der sogenannten Preßburger Erklärung die Aussage steht: Der deutsche Revanchismus wird gerade jetzt zu einem gefährlichen Faktor. Wir haben im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten dagegen gekämpft. Ich weiß nicht, was da steht – es ist sowieso eine ideologische Formulierung –, aber jedenfalls nicht das Schlimmste, was die SED-Vertreter wollten, weil wir gesagt haben: Nein, wir haben jetzt eine internationale Etappe, wo uns keine Verschärfung der Konflikte mit Deutschland bevorsteht. (Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD):** Nach dem kurzen heißen Sommer des Prager Frühlings von 1968 folgte dann der lange Winter der „Normalisierung“, wie ja diese Periode häufig auch genannt wurde. „Normalisierung“ mußten die in Prag erleiden und erleben, die dann begannen, von unten her sich selbst zu engagieren und sich zu konstituieren als das, was dann nachher in die Dissidentenbewegung führte, der Versuch, in der Wahrheit zu leben. Ich denke an Václav Havel und andere, auch Anna Sabatova. Ich erinnere mich ganz gut, Anna Sabatova, an die Anglicka 8, eine Wohnung in der Nähe des Wenzelsplatzes, welche die Anlaufadresse war für Begegnungen zwischen Ost und West, Dissidenten und denen, die auch aus dem Westen Interesse an der Entwicklung der inneren Umgestaltung Ihres Landes und der gesamten Region Ost- und Mitteleuropas von unten hatten.

**Anna Sabatova:** Das Thema, das für diese Anhörung vorgegeben wurde, ist ziemlich breit. Ich werde zuerst etwas über das Jahr 1968 sagen. In der Tschechischen Republik gibt es heutzutage eine gewisse Mode, die Bedeutung des Prager Frühlings herabzusetzen und ihn als einen Kampf zweier Machtfractionen in der Führung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu interpretieren; als einen Kampf, der der Mehrheit der Menschen nicht viel zu sagen hat und der mit dem heutigen Bestreben, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, nichts zu tun hat. Die Bezeichnung „68er“ nimmt in der heutigen Publizistik in der Tschechischen Republik oft einen abfälligen Anflug an.

Im Interesse der historischen Wahrheit ist es notwendig, solche Abqualifizierungen entschieden abzulehnen. Der Prager Frühling war der erste und im Grunde der einzige gesamttschechoslowakische Versuch, das damalige politische System nicht nur zu verbessern, sondern es auch zu überwinden, und zwar ein System, das in jenem Lande nach dem Februar 1948 entstanden war und sich danach 20 Jahre lang durch das Zusammenwirken zweier Faktoren an der Macht hielt: der Repression und dem Staatsdirigismus einerseits und der zuerst massiven, dann immer mehr erschlaffenden Unterstützung der Bevölkerung andererseits.

Die ganze Gesellschaft, nicht nur die Reformkommunisten, setzte sich im

Frühling 1968 in Bewegung. Diese demokratische Bewegung gefährdete das Wesen des sowjetisierten politischen Systems, selbst wenn sich die Protagonisten der Reformbewegung dessen meist nicht bewußt waren.

Erst als Folge des militärischen Eingreifens im August 1968 kam es zur sichtbaren Trennung der reformkommunistischen Strömung von der KPC, jener Strömung, die sich schrittweise seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre und dann hauptsächlich seit 1963 herausgebildet hatte.

In den 70er Jahren wirkte die reformkommunistische Strömung in der Tschechoslowakei weiter. Ihre Protagonisten, manchmal auch ihre Gefangenen, sind zu einem wichtigen Teil der pluralistischen politischen Opposition im engeren Sinn des Wortes und der unabhängigen Bewegung im ganzen geworden.

Über jene Zeit kann ich aus eigener Erfahrung berichten. Die Charta 77 war achteinhalb Jahre nach der Okkupation der Tschechoslowakei durch die Armeen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten entstanden. Die erste Hälfte der 70er Jahre war eine Zeit der tiefen gesellschaftlichen Betäubung und Hoffnungslosigkeit.

Am Anfang dieser Periode hat die Staatsmacht durch ein Dutzend politischer Prozesse die entstandene sozialistische Opposition unterdrückt. Die Opfer der Prozesse – überwiegend die Reformkommunisten, danach die Sozialisten aus der sozialistischen Partei, ehemals die Partei von Edward Benes, danach die Anhänger des Trotzismus und der extremen Linken – sind, als sie verfolgt wurden, für die nichtsozialistischen, manchmal auch antikommunistisch orientierten Personen und Gruppen glaubwürdig geworden.

Mit ihnen zusammen haben sie in den 70er und 80er Jahren kulturelle, menschenrechtliche, ökologische, religiöse, friedenspolitische oder unmittelbar politische Aktivitäten entwickelt, sei es auf der Basis der Charta 77 oder später außerhalb der Charta in anderen Initiativen.

Die 70er Jahre waren gleichzeitig die Zeit, in der Europa die Überwindung der Relikte des Kalten Krieges und die Entspannung anstrebte und in der sich der Helsinki-Prozeß der Internationalisierung der Menschenrechte vertiefte. Der tschechoslowakische Staat hatte schon im Jahre 1968 den Beitritt zum Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte und zum Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte initiiert. In der Tschechoslowakei traten die beiden Pakte am 26. März 1976 in Kraft. Anfang Januar 1977 haben die 242 Erstunterzeichner der Charta 77 ihr erstes Dokument, die Basiserklärung, die von wichtigen Artikeln der beiden Pakte ausging und sich explizit auf sie berief, publiziert.

In der Basiserklärung ging man auf ruhige, nicht emotionale Weise die von den Pakten garantierten Menschenrechte Punkt für Punkt durch – z. B. die Freiheit der Meinungsäußerung und des Glaubens, das Recht, in Beruf und Arbeit nicht diskriminiert zu werden, das Recht auf Freiheit von Furcht, das

Recht auf Bildung, das Recht, Informationen zu sammeln und zu verbreiten, das Recht, frei zu reisen usw. In dem gleichen ruhigen Ton konstatierte man, daß diese Rechte in der Tschechoslowakei nicht eingehalten werden. Fast alle zitierten Rechte und alle Beschwerden wegen ihrer Nichteinhaltung gingen von dem ersten Pakt aus. Sie betrafen also politische und bürgerliche Rechte.

Hinsichtlich des zweiten Paktes betonte man das Recht der Arbeiter und anderer Werktätigen auf die Gründung von Gewerkschaften und das Streikrecht. Verantwortlich für die Verletzung der Menschenrechte war – der Erklärung der Charta 77 nach – vor allem die politische und staatliche Macht, aber nicht nur sie. Ich zitiere: „Jeder Mensch trägt seinen Teil Verantwortung für die allgemeine Situation.“ Die Unterzeichner der Basiserklärung gaben die Bildung der Charta 77 bekannt. Durch diese Charta übernahmen sie ihren Anteil an der Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. In der Basiserklärung formulierte die Charta 77 auch die Grundprinzipien ihrer Arbeit. Man kann sagen, sie war Ideenerklärung und Statut in einem.

Die Charta war eine freie, informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugung, verschiedenen Glaubens und verschiedener Berufe. Diese Menschen wurden durch den Willen vereint, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte in der Tschechoslowakei und in der Welt einzusetzen. – Auch das ist ein Zitat.

Die Charta war keine Organisation. Sie hatte keine ausgefeilten Statuten und keine organisatorisch bedingte Mitgliedschaft. Vor den staatlichen Behörden, vor der tschechoslowakischen Öffentlichkeit und vor der Weltöffentlichkeit wurde die Charta 77 durch drei Sprecher vertreten. Diese Sprecher verantworten auch die Authentizität der im Namen der Charta herausgegebenen Dokumente.

Mit diesen und mit ein paar nicht geschriebenen einfachen Regeln konnte die Basiserklärung der Charta als praktische und ideologische Plattform 13 Jahre lang dienen. Die innere Kraft der Charta kam aus dem Bewußtsein, daß wir recht haben und dieses Recht irgendwann einmal durch die Geschichte bestätigt werden wird. Aber es war nicht weniger bedeutsam, daß wir uns in der ganz praktischen Wirklichkeit, im Dialog mit der Staatsmacht, auf die Menschenrechtspakte berufen konnten, also auf die Spielregel, die der tschechoslowakische Staat anerkannt und mit seiner Unterschrift bestätigt hatte. Sie war die ständige Quelle des angebotenen Dialogs, auch wenn es schien, daß der Staat diesen Dialog nur durch seine Unterdrückung realisierte.

Zu den Menschenrechtspakten haben wir uns und hat sich auch die Staatsmacht bekannt, denn sie hat die Pakte ja unterschrieben – wenngleich nicht eingehalten. Wir haben deren Einhaltung ständig gefordert, und noch dazu haben wir die Weltöffentlichkeit informiert. Die Staatsmacht mußte dann

der eigenen Bevölkerung und der Welt ihre jeweilige, mit den Pakten im Widerspruch stehende Handlungsweise erklären.

Für die Leute, die lange Jahre um die Änderung der politischen Verhältnisse bemüht gewesen waren und mit der politischen Macht keine gemeinsame Sprache gefunden hatten, war jetzt auf einmal eine Kommunikationsbasis entstanden. Auf dieser Basis konnten sich alle um den Dialog über die Menschenrechte bemühen und ihn auch von der Staatsmacht fordern, weil eben auch diese sich offiziell zu denselben Ideen bekannte.

Ich setze voraus, meine Damen und Herren, daß das Bestreben, die jüngste deutsche Geschichte zu erkennen, zweifellos das Leitmotiv Ihrer lieben Einladung an mich für diese Anhörung war. Es geht Ihnen aber sicher auch darum, unsere jüngste gemeinsame Geschichte in Mitteleuropa aufzuarbeiten. Deswegen habe ich Ihnen eine Dokumentation über die Zusammenarbeit der Charta 77 und anderer Bürgerinitiativen mit ähnlichen Gruppen in den Nachbarländern einschließlich der damaligen DDR mitgebracht.

Es ist in einem bestimmten Sinn eine vollständige Dokumentation und meiner Meinung nach bisher ziemlich einmalig. Ich bin zwölf Jahrgänge der Zeitschrift „Informationen über die Charta 77“, „Infoch“, durchgegangen. Die Zeitschrift ist von Januar 1978 bis November 1989 herausgekommen; einmal alle drei bis vier Wochen, in den letzten zwei Jahren schon alle 14 Tage. „Infoch“, wie wir sie genannt haben, hat alle Dokumente der Charta 77 und alle Kommuniqués des Ausschusses für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten, „VONS“, den die Chartisten im Jahre 1978 gegründet hatten, veröffentlicht. In „Infoch“ wurden auch die verschiedenen Petitionen, Artikel, Interviews, Feuilletons und kurze Nachrichten über die Tätigkeit der Charta und der anderen, immer zahlreicher werdenden Initiativen publiziert.

Ich habe alle Texte, die die Zusammenarbeit der Charta mit den demokratischen Bewegungen anderer osteuropäischer Staaten betreffen, gesammelt. Es sind einige hundert Seiten. Die häufigsten Kontakte haben wir mit polnischen Freunden gehabt. Eine wichtige Rolle dabei spielte die kulturelle und sprachliche Nähe zu Polen. Dann folgten die Kontakte mit Demokraten aus der DDR und Ungarn.

Erst am Ende des Jahres 1988 haben wir es geschafft, direkte Kontakte mit einigen sowjetischen Menschenrechtlern anzuknüpfen. Mit der bulgarischen und rumänischen Opposition haben wir leider keine Kontakte gehabt.

Die Anfänge in den 70er Jahren waren sehr bescheiden. Vom ersten Briefwechsel über die ersten Zusammentreffen mit Freunden aus Berlin, Leipzig, Dresden und Jena, die zu uns nach Prag kamen, ist es uns schließlich gelungen, größere gemeinsame Aktionen zu koordinieren. Zum Beispiel konnten wir im Februar 1988 eine Solidaritätserklärung für Bärbel Bohley, Lotte und Wolfgang Templin, Ralf Hirsch und Werner Fischer organisieren.

Wir haben damals – unter den Bedingungen des Totalitarismus – zusammen mit Warschauer und Budapester Freunden im Laufe einer Woche 84 Unterschriften aus Polen, 78 aus Ungarn, 75 aus Jugoslawien, 4 aus der Sowjetunion und 17 von Vertretern von neuen unabhängigen tschechoslowakischen Gruppen unter die Solidaritätserklärung gesammelt.

Meine Aussage werde ich mit einem kurzen Resümee über die Kontakte zwischen den tschechoslowakischen Menschenrechtlern und den DDR-Menschenrechtlern und Friedensaktivisten schließen. In erster Linie haben wir uns bemüht, über die unabhängige demokratische Bewegung und über die politische Unterdrückung zu informieren. Von den in „Infoch“ veröffentlichten Texten der Periode von 1978 bis 1989 bringt solche Auskünfte ungefähr die eine Hälfte der Texte, die zweite Hälfte informiert über Solidaritätsaktionen. Fünf Materialien davon referieren über die Petitionen, an denen außer den tschechoslowakischen Aktivisten und DDR-Aktivisten auch Gruppen von anderen ost- bzw. westeuropäischen Ländern teilgenommen haben.

Das erste von 39 Dokumenten zur politischen Opposition in der DDR, deren Kopien ich Ihnen zusammen mit den anderen Texten vorlege, ist der Protest des Ausschusses für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten gegen das Urteil im Fall Rudolf Bahro. Die vorgelegte Sammlung endet mit der Solidaritätserklärung der Charta 77 und des „VONS“ mit den im Oktober 1989 in Leipzig inhaftierten demokratischen Aktivisten. (Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD):** Herzlichen Dank. – Anna Sabatova war selber eine Zeitlang Sprecherin der Charta 77. Es ist toll, daß sie uns Materialien überläßt. Wir können das gut gebrauchen. Wir brauchen dann allerdings auch eine gute und sorgfältige Übersetzung der Texte.

(Anna Sabatova übergibt die Dokumente dem Vorsitzenden Rainer Eppelmann – Beifall)

Es schließt sich fast zwangsläufig dann auch die Frage an, wie die innere Kooperation innerhalb der damaligen sozialistischen Staaten – man zögert fast, diese Worte zu benutzen, aber sie hießen nun einmal so – aussah, was sie voneinander gelernt haben und wie sie aufeinander verwiesen haben. Nicht zuletzt das Jahr 1989 – darauf hat ja auch Timothy Garton Ash noch einmal in aller Deutlichkeit hingewiesen – hat ja etwas zu tun mit der Entwicklung der inneren Opposition und den Dissidenten in den unterschiedlichen Staaten Ost- und Mitteleuropas. Gerd Poppe, gewiß einer der wichtigsten Vertreter der Oppositionsbewegung in der damaligen DDR, hat das Wort.

**Gerd Poppe, MdB:** Ich möchte das, was bisher Zdenek Mlynar und Anna Sabatova aus ihrer tschechischen Sicht geschildert haben, ein wenig aus der Sicht der damaligen DDR-Opposition beschreiben. Robert Havemann schrieb in der Zeitung „Die Zeit“ am 31. Mai 1968 zum Prager Frühling: Er wäre „ein Versuch, den Teufelskreis des Stalinismus zu durchbrechen. Ein Versuch, Demokratie und Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen.“ Havemann